



ProRodgau



Familienfest
20. März 2011
RODGAU

ausschneiden + mitbringen
Gutschein für 1 Getränk (1 Person)

Gut-schein

Mitmachzirkus
Gespräche
Musik
Kaffee und Kuchen

Georg-Büchner-Schule
Jügesheim
13-18 Uhr
Eintritt frei



Rodgau: Stadt mit fünf Sternen, damit diese blinken und leuchten muss viel getan werden – wenn alle dabei mitmachen, kann es gelingen.

Mehr Rodgau wagen

KOMMUNALWAHL – Die SPD tritt am 27. März mit klaren Vorstellungen und kompetenten Kandidaten an

Von Jürgen Kaiser



Am 27. März stellen die Rodgauer Bürger die Weichen für die Zukunft unserer Stadt. Die Zusammensetzung des neuen Parlaments wird darüber entscheiden, wie es in Rodgau weitergeht: Wird die Stadt sozialer, wächst sie weiter

zusammen, wird sie in einem konstruktiven Miteinander vorangebracht? Oder fällt sie zurück in eine Phase der Blockade, der Klientelpolitik und der Agonie?

Bürgermeister Jürgen Hoffmann und die ihn tragende Kooperation im Stadtparlament stehen für eine professionelle, bürgernahe und auf sozialen Ausgleich achtende Politik. Die SPD wird Jürgen Hoffmann mit aller Kraft unterstützen. Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für die Politik des Bürgermeisters.

Die SPD hat ihre Ziele in einem Wahlprogramm zusammengefasst. Kernpunkte sind die Stadtentwicklung, eine fortschrittliche Sozialpolitik, eine moderne Umweltpolitik, mehr direkte Bürgerbeteiligung und eine solide Finanzpolitik. Um die Finanzen der Kommunen ist es nicht zum Besten bestellt. Gerade in Zeiten knapper Ressourcen ist es wichtig, dass diese Mittel vernünftig und sparsam verwendet werden. Wir

werden die Finanzsituation durch ein aktives Stadtmarketing verbessern. Den Prozess der Stadtwerdung nutzen wir, um durch kooperativen Mittel für bestehende und neue Angebote freizusetzen. Durch Investitionen im Bereich regenerativer Energien fördern wir das lokale Handwerk und Gewerbe.

Wir treten an mit einer Mannschaft engagierter Frauen und Männer. Die konstruktive Zusammenarbeit, die unsere Partei stark macht, wird uns bei der Umsetzung unserer Ziele helfen. Die Kooperation von Grünen, FDP und FWG unter Führung der Sozialdemokraten hat gute Arbeit geleistet. Das beweisen nicht nur die beitragsfreien Kinderbetreuungsplätze, die kreisweit Maßstäbe setzen. Auch das umfangreiche Angebot an Krippenplätzen für unter Dreijährige ist eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Bereich der Stadtentwicklung hat sich seit dem Amtsantritt von Jürgen Hoffmann bereits einiges bewegt. Die Stadt beschreitet mit der hessischen Landgesellschaft neue Wege bei der Entwicklung neuer Baugebiete. Ziel ist es, Erschließungskosten und Gewinne aus Grundstücksverkäufen gerechter zu verteilen. Ein professionelles Gebäudemanagement wird zu einer besseren Bewirtschaftung städtischer Immobilien beitragen.

Dies sind jedoch nur die ersten Schritte. Wir möchten diese Politik im Interesse unserer Bürger nach der Kommunalwahl fortsetzen. Die in der Vergangenheit betriebene Klientelpolitik der CDU darf sich nicht wieder etablieren. Viele

Probleme Rodgaus sind auf dieses Erbe zurückzuführen, vor allem das immer noch lose Nebeneinander der verschiedenen Stadtteile. Wenn wir die Aufgaben der Zukunft meistern wollen, müssen wir ernst machen mit der Stadtwerdung und verstärkt zusammenarbeiten. Wir wollen mehr Rodgau wagen!

Unsere Stadt muss zu den erfolgreichen Kommunen des Westkreises aufschließen. Dazu brauchen wir im Parlament verlässliche Mehrheiten. Der Bürgermeister besitzt Antragsrecht für die Stadtverordnetenversammlung, aber der Erfolg seines Handelns hängt entscheidend von Mehrheitsverhältnissen ab. Wenn die Parlamentarier im Haushaltsplan die entsprechenden finanziellen Mittel nicht bereitstellen, ist auch ein direkt gewählter Bürgermeister nicht in der Lage, seine Politik umzusetzen.

Deshalb werben wir für unsere politischen Vorstellungen und kämpfen für eine stabile Bürgermeister-Mehrheit. Wir stehen dafür, dass Bürgermeister und Stadtverordnetenversammlung an einem Strang ziehen und gemeinsam die Weichen für eine moderne Zukunft Rodgaus stellen. Um Rodgau zu einer leistungsstarken Stadt zu machen, brauchen wir Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger. Ihre Stimme für die SPD am 27. März kann es uns ermöglichen, in Rodgau eine fortschrittliche, zukunftsorientierte Politik zu machen und eine Mehrheit für unseren Bürgermeister Jürgen Hoffmann zu sichern.

Das komplette Kommunalwahlprogramm der SPD Rodgau finden Sie auch unter www.spd-rodgau.de

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Mit dieser neuen Ausgabe von ProRodgau, der Zeitung der Rodgauer Sozialdemokraten, informieren wir Sie über unsere Positionen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 27. März. Auf den folgenden Seiten präsentieren wir unsere Kandidaten für das Stadtparlament, für den Kreistag und die Ortsbeiräte, wir berichten aus den einzelnen Stadtteilen, und wir geben einen Überblick über unsere politischen Ziele für die nächsten Jahre. Wir beschäftigen uns mit dem nächtlichen Fluglärm über Rodgau und der Wirtschaftsförderung. Bürgermeister Jürgen Hoffmann beantwortet im Interview Fragen zu seiner Kandidatur für den Kreistag und zu seinen ersten Monaten im Amt. Wir berichten über die Arbeit der ehrenamtlichen Fördervereine für die Betreuung der Grundschulkinder und schauen auf die Arbeit der Rodgauer Heimatvereine. Wir wünschen Ihnen viel Freude mit unserer Zeitung – und werben um Ihre Stimmen am 27. März.

Ihre Redaktion

SPDWAHLSERVICE

Wir helfen Ihnen bei der Beschaffung der Briefwahlunterlagen und bringen Sie am Wahltag ins Wahllokal. Bei Interesse melden Sie sich bitte.

Für Jügesheim, Hainhausen, Weiskirchen bei:
Ralf Kunert Telefon: 06106-610654
ralf.kunert@spd-rodgau.de

Für Dudenhofen bei:
Heike Frey Telefon: 06106-22271
heike.frey@spd-rodgau.de

Für Nieder-Roden und Rollwald bei:
Monika Przibilla Telefon: 0172-6921002
monika.przibilla@spd-rodgau.de

Wichtig: Bitte das Wahltaxi bis **23. März** melden.

Mehr Lärm für Rodgau – ein Geschenk der Landesregierung

VERKEHR – Zur Debatte über das Nachtflugverbot und die neuen Flugrouten – Die Gesamtbelastung der Region darf nicht weiter steigen



Von Dr. Judith
Pauly-Bender, Mdl

Die Karten in Sachen Fluglärm werden zurzeit neu gemischt. Die Verantwortlichen in Wiesbaden planen neue Belastungen für das südöstliche Rhein-

Main-Gebiet. Und leider sieht Vieles danach aus, dass auch die Bürgerinnen und Bürger im Norden Rodgaus und damit auch die ganze Stadt zu den Verlierern des Lärmpokers gehören könnten.

Protest ist mehr als angebracht. Dabei müssen drei Punkte hervorgehoben und unterstrichen werden: Das allergrößte Problem besteht darin, dass die hessische Landesregierung das Nachtflugverbot kippen will, das sie selbst fest versprochen hat. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof, das höchste Verwaltungsgericht unseres Bundeslandes, hat das Nachtflugverbot ausdrücklich verlangt! Ohne Nachtflugverbot, so das Gericht, kein Flughafenausbau.

Dagegen ist beim Bundesverwaltungsgericht eine Klage eingereicht worden. Sie, die Bürgerinnen und Bürger von Rodgau, dürfen dreimal raten von wem. Es ist die Hessische Landesregierung, die gegen das Nachtflugverbot vor Gericht gezogen ist, – gegen eben jenes Nachtflugverbot, das die Spitzen dieser Regierung den Bürgern wiederholt in öffentlichen Reden und



Weiskirchen ist ohnehin schon stark durch Lärm belastet. Die neuen Flugrouten machen alles noch viel schlimmer.

parlamentarischen Abstimmungen hoch und heilig versprochen haben. Was soll man dazu noch sagen? Verlogener geht's nimmer.

Kein Verantwortlicher für diese bürgerfeindliche Politik redet über die Gesamtbelastung unserer Region. Wir haben mit der Schnittstelle der Bundesautobahn A3 und der autobahnähnlichen B45 im Bereich Rodgau-Nord bereits einen der am höchsten frequentierten Verkehrsknoten Hessens vor der Haustür – Tendenz stark steigend. Und wir haben ganz in der Nähe

das Großkraftwerk Staudinger. Seine Rauch-, Staub- und Dreckemissionen erstrecken sich auch auf Rodgau. Vor wenigen Wochen hat der von der Landesregierung eingesetzte Regierungspräsident den weiteren Ausbau dieses Kraftwerks zum größten konventionellen Kraftwerk Europas genehmigt. Die Landesregierung hat dieses Projekt schon immer gewollt und mit Nachdruck betrieben. Die Belastungen unserer Heimatregion sind ihr gleichgültig. Man muss fragen: Was soll den Bürgerinnen und Bürgern

noch alles zugemutet werden? Auch bei der Neugestaltung der Flugrouten drohen wir zu den Verlierern zu werden. Die Entscheidung über die An- und Abflugrouten sind Bestandteil eines Empfehlungspakets des sogenannten Forums Flughafen und Region. Es ist ohne die korrekte Beteiligung unserer Heimatregion zustande gekommen. Weder die Bürgerinnen und Bürger des Offenbacher Ostkreises noch die dortigen Bürgermeister sind in einer angemessenen Weise gehört und eingebunden worden. Man mag kaum glauben, dass nach Stuttgart 21 in einer solchen Weise vorgegangen wird! Soll ein abgehobener Zirkel von Ortsfremden tatsächlich über die Köpfe der hiesigen Bevölkerung hinweg entscheiden? Will die Landesregierung wirklich, dass unsere Bevölkerung in Sachen „Fluglärmverteilung“ rechtlos dasteht?

In Rodgau ist der Stadtteil Weiskirchen am stärksten von der Belastung durch die neuen Flugrouten betroffen. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Stadt Rodgau nun gemeinsam mit anderen Kommunen gegen das neue Anflugverfahren vor dem Verwaltungsgericht klagt.

Liebe Bürgerinnen und Bürger! Als Ihre Landtagsabgeordnete bitte ich Sie: Lassen Sie sich von denen, die diese Landesregierung tragen und stützen, kein X für ein U vormachen. Erheben Sie Ihre Stimme und nehmen Sie die Hessische Landesregierung in die Pflicht. Stärken Sie bei der Kommunalwahl am 27. März jene Parteien, die für ein echtes Nachtflugverbot und gegen weitere Belastungen unserer Region mit Fluglärm stehen.

Rodgau braucht eine aktive Wirtschaftsförderung

FINANZEN – Die Haushaltsprobleme lassen sich nur lösen, wenn wir neue Unternehmen und Arbeitsplätze in unsere Stadt bringen

Von Ralf Kunert



Freie Kindergartenjahre, Vereinsförderung, Schulsozialarbeit, Jugendhäuser, seniorengerechtes Wohnen, aber auch der Weiterbau der Rodgau-Ringstraße – die Liste der wünschenswerten Projekte und Investitionen ließe sich fortführen. Es sind vor

allem die sogenannten freiwilligen Leistungen, auf die wir Kommunalpolitiker Einfluss haben – alle genannten Dinge gehören dazu. Ihnen stehen die Pflichten gegenüber, welche die Kommunen zu erfüllen haben. Deshalb bleibt für das Wünschenswerte immer weniger finanzieller Spielraum.

Bund und Länder beschließen gerne Gesetze, die dann die Kommunen umzusetzen haben. Aber sie geben den Kommunen oftmals nicht das Geld dafür, wodurch für die Kommunen eine untragbare Mehrbelastung entsteht. Oder der Bund saniert seinen Haushalt auf Kosten der Gemeinden, wie zum Beispiel mit der Absenkung der Beteiligung an den Kosten für Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger geschehen. Kommunalfeindlicher geht es kaum.

Die Folgen sind absehbar: Die Kommunen stehen vor dem finanziellen Kollaps. Vielerorts werden die freiwilligen Leistungen bereits zusammengestrichen, was eben auch eine Forderung unserer schwarz-gelben Landesregierung ist. Errungenschaften aus vergangenen Jahrzehnten sollen geopfert werden: Bäder und Jugendhäuser werden geschlossen, Vereine weniger gefördert, die Bürger durch höhere Gebühren und Abgaben zusätzlich zur Kasse gebeten.

Was können wir in der Kommunalpolitik daran ändern? Unser Einfluss auf die Landes- oder gar Bundespolitik ist begrenzt. Trotzdem

müssen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten daran arbeiten, dass die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene beendet wird. Daher stehe ich für den uneingeschränkten Erhalt der Gewerbesteuer und fordere die Entlastung der Kommunen von Ausgaben für die soziale Sicherung, insbesondere durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen darf nicht weiter eingengt werden – auch nicht durch die von der Landespolitik propagierte Schuldenbremse! Eine Politik, die unsere Kommunen in den Ruin treibt, dürfen wir nicht hinnehmen.

Allerdings müssen die Politiker vor Ort auch selbst alles tun, um den kommunalen Haushalt in den Griff zu bekommen. Während Punkt für Punkt die Ausgabenseite überprüft und ausgedünnt wird, muss andererseits unbedingt die Einnahmeseite nachhaltig verbessert werden. Hier sind vor allem die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und die Einkommensteuer-

anteile von Bedeutung. Letztere richten sich nach der Zahl der Einwohner, ihren Verdiensten und den vor Ort angesiedelten Arbeitsplätzen.

Beide Einnahmequellen lassen sich mit einer engagierten Wirtschaftsförderung steigern. Nur so gewinnt man den nötigen Spielraum für die angesprochenen freiwilligen Leistungen. Einige unserer Nachbarn im Kreis wissen das und haben längst reagiert. Und Rodgau? Lediglich 8,500 der 45.000 Einwohner unserer Stadt haben hier ihren Arbeitsplatz. Das ist im kreisweiten Vergleich ein unbefriedigender Mittelfeldplatz. Denkt man an die herausragende geografische Lage Rodgaus inmitten des Rhein-Main-Gebietes mit S-Bahn-Anschluss und hervorragenden Anbindungen an die Autobahn, ist dies umso erstaunlicher. Ein weiteres Problem ist sicher, dass zu wenig Grund in den Gewerbegebieten im Besitz der Stadt ist und somit bei Anfragen von Interessenten wenig Einfluss auf die Grundstückspreise besteht.

Seit Jahren fordert die Rodgauer SPD ein professionelles lokales Wirtschaftsmanagement

und ein intensives Stadtmarketing, damit wir mehr Arbeitsplätze vor Ort bekommen. Sämtliche Forderungen und Warnungen vor den genannten Problemen wurden in den vergangenen Jahren vom ehemaligen Bürgermeister ignoriert, obwohl dieser die Wirtschaftsförderung ja zur Chefsache erklärt hatte. Doch geschehen ist fast nichts. Auch ich betrachte Wirtschaftsförderung als Chefsache und setze hier großes Vertrauen in die Kompetenz des neuen Bürgermeisters Jürgen Hoffmann, der schon vor seinem Amtsantritt in den Dialog mit den ansässigen Unternehmen eingetreten ist. Die SPD wird diese Arbeit unterstützen und weiter vorantreiben.

Für die Weiterentwicklung der Gewerbegebiete ist eine maßvolle Bodenbevorratung anzustreben. Interessierten Unternehmen müssen – über günstigeres oder aber zum Nießbrauch freigegebenes Bauland Anreize gesetzt werden, sich in Rodgau niederzulassen. Ein Abwandern ansässiger Firmen wegen mangelnder Entwicklungsmöglichkeiten oder aber das Verprellen interessierter Unternehmen aus Profitgier einzelner Grundbesitzer – wie bereits geschehen – muss verhindert werden. Einheimische Betriebe müssen unterstützt und gefördert werden. Weiterhin benötigen wir schnelle und durchschaubare Entscheidungsprozesse in der Stadtverwaltung – ein absolutes Muss für erfolgreiche lokale Wirtschaftsförderung.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, ich möchte, dass Rodgau eine lebens- und lebenswerte Stadt bleibt. Dazu gehören attraktive Angebote für junge Familien und für Senioren. Dazu gehört eine vielfältige Vereinslandschaft, wie es sie in Rodgau gibt und die Ihre SPD in Rodgau auch in Zukunft nach Kräften unterstützen wird. Mir als Vereinsmensch liegt sehr viel daran! Ich werde mich im Stadtparlament dafür einsetzen, dass die Einnahmeseite der Stadt nachhaltig verbessert wird – darum ein aktives Stadtmarketing, eine aktive und erfolgreiche Wirtschaftsförderung.



Wir müssen mehr Firmen nach Rodgau lenken. Nur so lassen sich auch die Haushaltsprobleme lösen.

„Ich verstehe mich als Botschafter Rodgaus auf Kreisebene“

INTERVIEW – Bürgermeister Jürgen Hoffmann zu seiner Kandidatur für den Kreistag und seinen Wünschen für die Kommunalwahl am 27. März

ProRodgau: Herr Hoffmann, Sie kandidieren bei der Kommunalwahl am 27. März für den Kreistag. Fühlen Sie sich im Rodgauer Rathaus nicht ausgelastet?

Jürgen Hoffmann: Doch, doch. Die letzten neun Monate gehören zu den intensivsten meines Berufslebens. Wir haben seit meinem Amtsantritt eine Menge Dinge abgearbeitet – Haushalt, die Neuordnung der Stadtverwaltung, neue Müllgebühren sind nur einige Beispiele. Dank der guten Zusammenarbeit im Magistrat und der parlamentarischen Unterstützung durch die Kooperation aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern waren es aus meiner Sicht erfolgreiche Monate.



ProRodgau: Bleibt die Frage, was Sie in die Kreispolitik drängt.

Hoffmann: Zweierlei. Zum einen bin ich Sozialdemokrat. Und als solcher möchte ich helfen, die Ziele meiner Partei auf Kreisebene umzusetzen. Außerdem ist es für die Arbeit eines Bürgermeisters sehr hilfreich, wenn er im Kreistag sitzt, dort mitmischend und die Position Rodgaus regional stärkt. Viele Dinge, die uns in der Kommune weiterbringen oder auch einschränken, werden auf der Kreisebene entschieden. Deshalb hatten sich auch meine Vorgänger Scherer und Przibilla für ein Engagement im Kreistag entschieden.

ProRodgau: Wo wirken sich Kreisentscheidungen auf uns in Rodgau aus?

Hoffmann: Das fängt schon bei der Festsetzung der Kreisumlage an. Das ist der Betrag, den wir als Kommune abgeben müssen. Somit hat die Umlage direkte Auswirkungen auf unsere finanziellen Spielräume. Oder nehmen Sie die Schulpolitik: Hier entscheidet der Kreis – zum Beispiel darüber, wie die Schullandschaft in Rodgau weiterentwickelt wird. Auch die Sozialpolitik, etwa Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, wird in wichtigen Teilen vom Kreis gemacht.



ProRodgau: Was möchten Sie im Kreistag konkret anpacken und erreichen?

Hoffmann: Die SPD und ich persönlich stehen für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Bildungschancen für alle. Darum werde ich mich sicher um sozialpolitische Themen kümmern. Auch die sehr angespannten Kreisfinanzen, die sich direkt auf uns auswirken, stehen bei mir auf der Agenda. Weiter sehe ich in der Wirtschaftsförderung und der Verkehrsinfrastruktur Schwerpunkte. Außerdem, und das ist mir besonders wichtig, verstehe ich mich als Botschafter Rodgaus auf Kreisebene.

ProRodgau: Das müssen Sie erklären.

Hoffmann: Der Ruf Rodgaus in der Region hat unter den schweren politischen Verwerfungen der vergangenen Jahre in unserer Stadt sehr gelitten. Die Zeiten des endlosen Streits und der gegenseitigen Blockade liegen nun gottseidank hinter uns, doch der Schaden, den sie angerichtet haben, ist nicht so einfach zu beseitigen. Ein positives Image ist leider schneller ruiniert als aufgebaut. Hier habe ich schon einiges erreicht. Ich möchte für Rodgau als verlässlichen Partner im Kreis und für den Kreis Offenbach werben. Mit Parteipolitik hat das wenig zu tun. Es liegt im Interesse aller Rodgauer Bürger, dass unsere Stadt in der Region etwas gilt, dass man wieder unseren Rat sucht und auf uns hört.

ProRodgau: Viele Bürgermeister kandidieren auf der Stadtverordnetenliste ihrer Partei. Warum nicht Sie?

Hoffmann: Von solchen Scheinkandidaturen halte ich überhaupt nichts, die Rodgauer Sozialdemokraten übrigens auch nicht. Meine Kandidatur auf der Liste war auch nie ein Thema. Wenn ich als gewählter Bürgermeister für das Stadtparlament antrete, müsste ich nach einer erfolgreichen Wahl das Bürgermeisteramt abgeben, wollte ich das Mandat annehmen. Das macht natürlich niemand. Das Parlament hat

den Bürgermeister und den Magistrat zu kontrollieren; deshalb hat der Bürgermeister auf der Parlamentsliste nichts zu suchen. Ich bin Sozialdemokrat, ich bekenne mich zu meiner Partei, meine Partei bekennt sich zu mir, und das wissen die Leute auch so.

ProRodgau: Was wünschen Sie sich zur Kommunalwahl?

Hoffmann: Natürlich wünsche ich mir eine hohe Wahlbeteiligung. Die Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie, deshalb sind diese Wahlen vielleicht sogar die wichtigsten im Land. Auf jeden Fall können die Bürger hier am direktesten Einfluss nehmen. Und als Rodgauer Sozialdemokrat wünsche ich mir in aller Bescheidenheit ein starkes Ergebnis der Rodgauer SPD. Denn eine starke SPD ist der Garant für eine kon-



struktive Mehrheit im Stadtparlament, die wir sehr dringend brauchen. Die Erfahrungen, die wir in den beiden zurückliegenden Jahren mit der Kooperation gemacht haben, können sich meines Erachtens sehen lassen. Ich persönlich würde es sehr begrüßen, wenn wir das fortsetzen dürfen. Dann hätten wir die einmalige Chance, unsere Stadt fünf Jahre lang wirklich voranzubringen.

Für Rodgau in den Kreistag – Wir geben der Stadt eine Stimme

„In finanzieller Hinsicht werden die Kommunen und damit auch die Landkreise im Stich gelassen. Ich sehe es als meine wichtigste Aufgabe an, für eine gesicherte Finanzbasis des Kreises zu kämpfen.“

Jürgen Kaiser

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Bedürfnisse von Familien stärker in den Mittelpunkt der Politik rücken. Ein besonderes Anliegen ist mir der Kampf gegen Kinderarmut. Sie beraubt Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien ihrer Lebens- und Zukunftschancen.“

Günter Lachmund

„Ich setze mich für den Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien und der Anlagen für Kraft-Wärme-Kopplung ein. Das nützt der Umwelt und schafft bei Handwerk und Gewerbe in der Region Beschäftigung.“

Ute Seib

„Unsere Fördervereine haben in den vergangenen Jahren Großartiges geleistet. Vielfach stoßen sie an ihre Belastungsgrenzen. Ziel muss es sein, die Ganztagschule endlich flächendeckend einzuführen. Dafür werde ich im Kreistag arbeiten.“

Jutta Dahinten

„Als Bürgermeister der größten Kommune des Kreises habe ich ein großes Interesse an einer soliden Finanzpolitik des Kreises. Es geht darum, die knapper werdenden Mittel maßvoll und intelligent einzusetzen.“

Jürgen Hoffmann

„Unsere Schulen im Kreis sind in den vergangenen Jahren durch Neubauten und Sanierungen auf einen modernen Stand gebracht worden. Dieses Niveau gilt es auch in Zeiten knapper Kassen zu halten.“

Gisela Schmalenbach

„Im Kreistag werde ich mich für den Ausbau der Schulsozialarbeit und der Kinderbetreuung einsetzen. Außerdem möchte ich noch viel mehr Mitbürger überzeugen und motivieren, auf Menschen aus anderen Ländern und Kulturen zuzugehen, die bei uns dauerhaft leben werden. Es geht darum, Ihnen zu zeigen, dass sie willkommen sind, weil sie unsere Stadt, unseren Kreis und unser Leben bereichern können.“

Thomas Przibilla



27. März 2011

RODGAU VOR



Jürgen Kaiser

Jürgen Hoffmann

Günter Lachmund

Gisela Schmalenbach

Ute Seib

Thomas Przibilla

Jutta Dahinten

Betreuung der Grundschul Kinder in Rodgau

BILDUNG – Fördervereine stoßen an ihre Grenzen, Land und Bund müssen endlich ihre Pflichten wahrnehmen

Von Jutta Dahinten



In Rodgau gibt es sechs Grundschulen mit insgesamt etwa 1.500 Schülern. Davon werden 651 Kinder nachmittags direkt an den Grundschulen oder an vier Kinderhorten betreut. Die Betreuung an den Schulen wird von ehrenamtlich geführten Vereinen getragen. Als Vorsitzende des Fördervereins der Freiherr-vom-Stein-Schule in Dudenhofen weiß ich aus eigener Erfahrung, welche Verantwortung auf den Schultern der Vorstände lastet.

Die Zeiten, als nach der Schule für ein Dutzend Kinder zwei oder drei Stunden Betreuung organisiert werden musste, sind schon lange vorbei. Bei den Fördervereinen handelt es sich mittlerweile fast um mittelständische Unternehmen. Sie verwalten Budgets von weit über 200.000 Euro. Die Stadt Rodgau steckt im Vergleich zu anderen Kommunen sehr viel Geld in die Kinderbetreuung. Trotzdem platzen die Einrichtungen inzwischen aus allen Nähten. Die Betreuung des Fördervereins in Dudenhofen startete 1993 mit sieben Kindern. Bis 2008 wuchs die Zahl auf 70 an, um sich in den letzten drei Jahren auf 140 Kinder zu verdoppeln. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich an unseren anderen Grundschulstandorten.

Gründe für den rasanten Anstieg sind die Veränderungen unserer Gesellschaft. Frauen wollen heute auch beruflich erfolgreich sein. Deswegen müssen sich Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren lassen. Viele Menschen ziehen ihrer Arbeitsstelle hinterher – wohnen nicht mehr in derselben Stadt wie ihre



Mehr als Hausaufgabenhilfe: In der Betreuung der Freiherr-vom-Stein-Schule in Dudenhofen erlernen diese Grundschüler das Schachspiel.

Eltern. Damit fallen Großeltern als Helfer bei der Betreuung aus. Alleinerziehende Männer und Frauen können überhaupt nur dann ihre Familie ernähren, wenn sie von Erziehungsaufgaben entlastet werden. Aus diesen Gründen fordern Land und Bund einen zügigen Ausbau der nachmittäglichen Kinderbetreuung. Leider werden die Kommunen und die Eltern mit den Kosten weitgehend alleine gelassen. Deshalb wird es Zeit, dass Land und Bund mehr Verantwortung übernehmen. Der Grundsatz muss sein: „Wer bestellt, der zahlt!“

Wir Sozialdemokraten engagieren uns daher für flächendeckende Ganztagschulen. Mit einem überzeugenden pädagogischen Konzept und hauptamtlichen Kräften in Betreuung und

Verwaltung kann dann eine optimale Förderung der Kinder gewährleistet werden. Denn eines ist sicher: Die Zahl der zu betreuenden Kinder wird in den nächsten Jahren weiter steigen.

Ehrenamtlich geführte Fördervereine stoßen dadurch an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Deswegen ist hier rasches Handeln geboten. In Rodgau können wir nicht darauf warten, dass Bund und Land endlich aktiver werden. Zumindest für eine Übergangsphase müssen wir selbst Lösungen anbieten. Deswegen wollen wir mit den Fördervereinen direkt ins Gespräch kommen, um herauszufinden, wie wir sie politisch unterstützen können. Unser Grundsatz lautet: „Betreuung vor Ort sichern – Land und Bund in die Pflicht nehmen!“

Mehr Freiräume für Jugendliche schaffen

Von Tim Enck



Der demographische Wandel stellt uns in vielen Bereichen vor neue Herausforderungen. Investitionen in neue Wohnkonzepte für Senioren, eine barrierefreie Stadtplanung und der von uns geforderte Senioren-

beirat als Sprachrohr für ältere Menschen sind wichtige Wegmarken zu einer senioren-gerechten Stadt. Doch damit Rodgau eine aktive und lebenswerte Stadt bleibt, muss auch an junge Familien, Kinder und Jugendliche gedacht werden.

Junge Menschen tragen einen wichtigen Teil zur lebhaften Kultur einer Stadt bei – sie engagieren sich in Vereinen, gründen Bands, betätigen sich künstlerisch und schaffen so eigene Subkulturen. Dazu brauchen sie Freiräume. Diese entstehen aber nicht durch zusätzliche Betreuungsangebote, sondern vielmehr durch Experimentieren mit neuen Eindrücken und in Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten. Für eine moderne Kinder- und Jugendpolitik braucht man deshalb Angebote, bei denen junge Menschen sich eigene Ziele setzen können, um sie gemeinsam zu erreichen.



Kulturförderpreis 2010 für die Rodgauer Band „Marie Wonder“, hier bei der „Musiknacht“ in Jügesheim.

Der anhaltende Prozess der Stadtwerdung Rodgaus, das Zusammenwachsen von einstmaligen fünf Gemeinden zu einer einzigen Stadt, ist in den Köpfen vieler junger Menschen bereits Realität. Viele verfügen über Schüler- oder Studentenkarten für den öffentlichen Nahverkehr und sind damit auch innerhalb Rodgaus sehr mobil. In Anbetracht der angespannten Finanzlage muss daher auch darüber nachgedacht werden, ob ein dezentrales gleichwertiges städtisches Angebot für Jugendliche in allen Stadtteilen aufrecht erhalten werden kann oder ob eine zentralere Einrichtung als Anlaufstelle für junge Menschen nicht eine bessere Lösung wäre.

Andere Städte im Rhein-Main-Gebiet haben dies erkannt und sind neue Wege gegangen: Sie besitzen Jugendzentren, in denen Jugendliche nicht nur betreut werden, sondern aktiv in die Planung und Durchführung des täglichen Betriebs eingebunden sind. Orte, an denen sie selbst die Verantwortung übernehmen und so Freiräume entstehen, in denen sich eine städtische Jugendkultur entwickeln kann. So könnte etwa die Investition in einen einzigen Proberaum für viele junge Bands, die händerringend nach solchen Räumen suchen, einen wichtigen Impuls geben. Auch könnte die gemeinsame Arbeit an Betreuungsprojekten der Grundstein für eine darüber hinausgehende Zusammenarbeit sein.

Wie groß das Interesse an einem solchen Austausch und einer gemeinsamen Erfahrung ist, das zeigen eindrucksvoll breit organisierte Veranstaltungen für junges Publikum. In einer alternden Gesellschaft kann eine lebhaftere Jugendkultur ein Standortvorteil sein – die Zeit dafür zu Handeln ist jetzt.

Bekenntnis zu Tradition und Geschichte

GESELLSCHAFT – Die fünf Rodgauer Heimatvereine leisten wertvolle Arbeit und verdienen unsere Unterstützung

Von Jörg Luther



Geschichtspfad haben sie bewiesen, wie wertvoll sie für unsere Stadt sind.

Die fünf Vereine, das sind: der Arbeitskreis für Heimatkunde Nieder-Roden, der Verein Heimat, Geschichte und Kultur in Dudenhofen, der Heimatverein Jügesheim, Geschichts- und Kulturverein Hainhausen und der Heimat- und Geschichtsverein Weiskirchen. Die Stadt Rodgau bekennt sich ausdrücklich zur Pflege der Stadtteilgeschichte und besitzt zu diesem Zweck eine eigene Satzung. Darin heißt es in der Präambel: „Die Stadt Rodgau unterstreicht mit der durch diese Richtlinien gewährten Förderung nachdrücklich die Bedeutung von Heimatkunde und Brauchtumspflege, der Auseinandersetzung mit der lokalen und regionalen Geschichte, gerade in unserer Zeit des schnellen und steten Wandels.“

Die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Tradition in unserer Stadt, das Wissen um Leistungen und Fehler früherer Generationen sind unabdingbares Rüstzeug für die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft. Es kann in wichtigen Bereichen Hilfe und Anre-

gung zur Bewältigung der Gegenwart und ihrer Probleme geben. Die Rodgauer Sozialdemokraten wollen, dass die öffentliche Unterstützung und Förderung für die Geschichtsvereine erhalten bleibt. Die Vereine erforschen und dokumentieren Vergangenheit und Brauchtum unserer Heimat und machen sie dadurch den Menschen unserer Stadt, insbesondere der Jugend, zugänglich.

Aber Heimat ist nicht nur der Ort, woher man kommt, sondern auch der Ort, in dem man wohnt. Als Stadtverordneter bin ich seit vielen Jahren im Vorstand des Arbeitskreises für Heimatkunde engagiert. Ziel ist es, bei Neubürgern das Interesse an der Ortshistorie zu wecken und es bei den Einheimischen zu steigern.

Die Kooperation im Stadtparlament hat die Einrichtung eines Rodgauer Geschichtspfades vorgeschlagen. In Zusammenarbeit mit der Stadt ist den fünf Geschichtsvereinen eine gemeinsame Arbeit gelungen, für die man sie nur

beglückwünschen kann. Auch hier zeigt sich, dass die Stadt zusammenwächst. Die Stadt hat mit dem Orts-Memory einen weiteren positiven Beitrag geleistet.

Die Geschichtsvereine kümmern sich um ortstypische Sitten und Gebräuche – unterschiedliche Dialekte werden dokumentiert, alte Geschichten aufgeschrieben und Ausstellungen durchgeführt. Dafür hat die Stadt dem Arbeitskreis für Heimatkunde das alte Lehrerhaus in Nieder-Roden zur alleinigen Nutzung überlassen. Der Verein hat sich dafür verpflichtet, alle Nebenkosten zu übernehmen, inklusive der Unterhaltung und Gehwegreinigung.

Unter diesen Voraussetzungen ist es eine Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode, den Vereinen einen auf Dauer überlassenen Ausstellungsraum zur Verfügung zu stellen. Dies gilt nicht nur für den Verein Geschichte und Kultur in Dudenhofen und den Heimatverein Jügesheim, sondern für alle Heimatvereine in Rodgau.



Das alte Lehrerhaus in Nieder-Roden – heute das Domizil des Arbeitskreises für Heimatkunde Nieder-Roden.

IGEMO als Freizeitagentur für Sport, Musik und Theater

VEREINE – Mehr Zusammenarbeit untereinander bietet die Möglichkeit, Neigungen gezielt zu fördern

Von Edgar Ott



Viele Bürgerinnen und Bürger verbringen ihre Freizeit als aktive Mitglieder in Sport- oder Kulturvereinen Rodgaus. Die Ergebnisse dieser Vereinsarbeit sind herausragend, was auch das überregionale Interesse beweist.

Im sportlichen Bereich sind in diesem Zusammenhang beispielsweise die Handballspielgemeinschaft der SG Nieder-Roden und der TG Nieder-Roden hervorzuheben. Für kulturelle Höhepunkte haben der Gesangverein Polyhymnia mit dem „Tanz der Vampire“ und die Welttheatergruppe, zuletzt mit der Aufführung „Momo“ gesorgt. Trotz herausragender Leistungen der örtlichen Vereine zeichnen sich durch den demografischen Wandel auch hier leider



negative Entwicklungen ab. So ist beim Männergesangverein durch Nachwuchsmangel bereits eine Abnahme der Aktivitäten festzustellen. Außerdem sind die Bindungen an Vereine und Freizeitaktivitäten heute lockerer als früher.

Auch in Sportvereinen sind beispielsweise Abgänge von Mitgliedern festzustellen. Sie mögen entweder den Leistungsdruck nicht mehr oder verlieren ihr Interesse. Bei Jugendlichen kommt es auch häufig zu einem Wechsel oder einer Erweiterung der Interessen. Ihr Schwerpunkt kann sich vom sportlichen hin zum musischen Bereich verlagern.

Die Interessengemeinschaften der Rodgauer Ortsvereine beziehungsweise die IGEMO Nieder-Roden regelt bereits die Zusammenarbeit der Vereine im organisatorischen Bereich. Sie könnten ihr Aufgabenspektrum erweitern und zukünftig auch eine Koordination von Terminen und einen Austausch von Interessen und Angeboten in Form einer „Freizeitagentur“ übernehmen. Ziel ist es, einen leichteren Wechsel

von Interessierten zwischen den Vereinen herzustellen und die Angebote transparenter zu machen. Es wäre schön, wenn junge Menschen des Musikvereins problemlos im Männerchor oder im Jugendchor eine Anbindung fänden oder die Möglichkeit besäßen sich beim Handball, Fußball oder Turnen auszutoben – und zwar ohne sich gleich binden zu müssen. Insofern wäre auch eine Abstimmung von Übungsstunden und Hallenbelegungen von Bedeutung. Voller Freude beginnen Jugendliche heute schon im Alter von vier bis fünf Jahren im Fußballverein, auch weil es die Väter gerne hätten,



und es kommt nicht selten vor, dass sie bereits mit acht oder zehn Jahren die Lust am Sport wieder verlieren. Genau diese Zielgruppe wäre bestimmt dankbar für entsprechende Informationen zur Weiterleitung an die Theatergruppen, den Musikverein oder auch an einen Kinder- und Jugendchor. Es geht um mehr Transparenz und den besseren Fluss von Informationen zum Nutzen der Vereinsmitglieder.

Senioren stärker einbinden

Von Hubert Schwuchow



Die SPD Rodgau steht für eine aktive Seniorenpolitik, denn wir stellen uns den Herausforderungen einer stetig älter werdenden Bevölkerung. Dazu bedarf es auch in Rodgau einer verbesserten Sozialplanung, die den sich

verändernden Altersaufbau der Gesellschaft begleitet.

Wir Sozialdemokraten unterstützen die Pläne für ein Generationen-Zentrum in Rodgau und Projekte für seniorengerechtes Wohnen. Ein möglicher Standort könnte hier das Gelände des alten Feuerwehrhauses in Nieder-Roden sein. Dort sind leicht erreichbare Einkaufsmöglichkeiten vorhanden, und es existieren gute Verkehrsanbindungen, wie beispielsweise zur S-Bahn. Die Sozialstation Rodgau und andere soziale Träger könnten Leistungen wie Hausmeister- oder Wäschedienste, Menüservice und Hausnotrufsysteme bis hin zu häuslicher Pflege anbieten.

Die SPD setzt sich dafür ein, die bisher bestehende Seniorenkommission in einen städtischen Seniorenbeirat umzuwandeln. Er soll dazu dienen, den älteren Bürgern mehr direkte Mitsprache in den Fragen einzuräumen, die sie unmittelbar betreffen. Gleichzeitig versprechen wir uns davon die Nutzung ihrer jahrzehntelangen Berufs- und Lebenserfahrung in städtischen Entscheidungsprozessen.

Wir wollen es Seniorinnen und Senioren auch erleichtern, ihre Erfahrungen im Rahmen ehrenamtlichen Engagements einzubringen. So gibt es heute viele ältere Mitbürger, die nach dem Ende ihres Berufslebens nach sinnvoller weiterer Betätigung suchen. Es ist eine immens wichtige Aufgabe, diese Mitbürger anzusprechen und ihnen Projekte vorzustellen, in denen sie ihre Kenntnisse einbringen können. Als Beispiele seien hier eine Unterstützung junger Menschen beim Einstieg in das Berufsleben oder ehrenamtliches Engagement in der städtischen Jugend- und Sozialarbeit genannt.

Genauso wichtig ist die Unterstützung älterer Menschen, die nicht mehr ohne fremde Hilfe ihr Leben im Alltag gestalten können. Auf diesem Gebiet leistet beispielsweise die Bürgerhilfe Rodgau bereits wertvolle Arbeit. Wir streben eine Vernetzung aller städtischen und privat organisierten Angebote für Senioren und der in diesem Bereich aktiven Gruppen an. Die Informationen über die vielfältigen Beratungs- und Hilfsangebote sollen allen Interessierten übersichtlich in einem überarbeiteten städtischen Seniorenwegweiser zur Verfügung stehen.

Ein Bürgerhaus-Forum für Nieder-Roden

KULTUR – Mit wenig Aufwand kann neuer Raum gewonnen werden für Kleinkunst und Ausstellungen

Von Anita Pfau



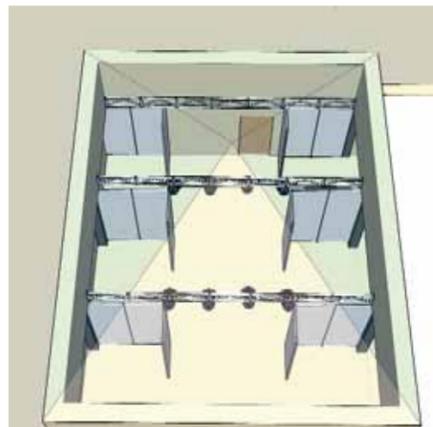
Dass die Vereine viel tun in unserer Stadt, wird immer wieder beschworen. Ebenso oft wird beklagt, dass manche Initiativen es mit passenden Räumlichkeiten sehr schwer haben. Diesem Mangel könnte man in Nieder-Roden abhelfen und zusätzlichen Raum für Kleinkunstveranstaltungen und Kunstausstellungen schaffen.

Wie Walter Stolz mit seiner Planung für ein „FORUM“ im Bürgerhaus Nieder-Roden belegt, könnte dies sogar ohne großen Aufwand geschehen. Im lichtdurchfluteten Foyer des Bürgerhaus lässt sich durch den Einbau von Lichttraversen und Ausstellungswänden ein flexibler und multifunktionaler Raum einrichten: Er ist nutzbar für Veranstaltungen des Maximal-Vereins und anderer ähnlicher Vereine, für Dichter-



Blick durch die Lichtkuppel ins Foyer des Bürgerhauses Nieder-Roden: Ob Kleinkunstveranstaltungen (links) oder Kunstausstellungen (rechts) – beides ist möglich.

lesungen, für Vorspieltreffen der Musikschule, für die Probenarbeit der Theatergruppen, für Ausstellungen der Rodgauer Künstler und für Präsentationen von Vereinen und Organisationen. Und das Beste daran ist – die gesamte Infrastruktur wie Parkplätze, Toiletten, Ausschank, Garderobe existiert bereits. Man muss aller-



dings Überschneidungen mit Veranstaltungen im großen oder kleinen Saal vermeiden. Nach den heutigen Belegungsplänen ergäbe sich, dass das Foyer an mehr als 150 Tagen im Jahr genutzt werden könnte. Das zeigt, dass man eine gewaltige Steigerung der Verwendung des Bürgerhauses erreichen könnte.

Für Nieder-Roden in den Ortsbeirat

„Wir wollen die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um die Attraktivität und die Lebensqualität in Nieder-Roden zu erhöhen. Das wollen wir gemeinsam mit allen erreichen, die das auch so sehen.“



Edgar Ott

Anita Pfau

Hubert Schwuchow

Jörg Luther

Wolfram Neumann



Straßen- und Gehwegschäden, die vermeidbar wären

VERKEHR – Schwere Lastwagen sollten auf Autohöfen und nicht in Wohngebieten abgestellt werden

Von Günter Knoll



Jeder Winter hinterlässt auf unseren Straßen Spuren – vor allem Schlaglöcher. Sie müssen beseitigt werden, und das kostet eine Menge Geld. Ärgerlich sind da Straßenschäden, die vermeidbar wären – vor allem jene, die auf Gehwegen und Straßenrändern durch schwere Lastwagen verursacht werden.

Weshalb hat unsere Straßenverkehrsbehörde nicht den Mut, in den bekannten neuralgischen Straßenzügen ein Parkverbot zu verordnen? Somit würden sicher viele unnötige, kostenrächige Instandsetzungsmaßnahmen vermieden und unser Stadtsäckel geschont.

Auch sollte ernsthaft über Autohöfe zum Abstellen dieser Fahrzeuge nachgedacht werden. Wer weitere Gewerbeansiedlungen wünscht – und dies ist für unsere Finanzen wichtig – sollte sich auch über die ausreichende Bereitstellung von Abstellflächen für Lkw Gedanken machen. Es ist nun mal Fakt, dass nicht nur Hightech-Firmen ihr Interesse zur Ansiedlung bekunden. Die Ausweisung von entsprechenden Abstellflächen leistet gleichzeitig ein Beitrag zur Verkehrssicherheit.



Schwere Brummis in der Hegelstraße in Dudenhofen. Sie behindern nicht nur den Verkehr, sondern verursachen auch Schäden auf Gehwegen und Straßenrändern.

Ruhestörung durch Kunstflieger

BÜRGERNÄHE – Beschwerden müssen ernst genommen werden

Von Heike Frey



Die Freiheit des Einzelnen endet da, wo die Freiheit der Anderen beginnt. Dies scheint aber nicht für den Kunstflieger über dem Opel-Prüffeld zu gelten, der ein ganzes Wohnviertel um seine Ruhe bringt. Der gesamte Wald rund um das Opel-Prüffeld ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Seine Nutzung als Naherholungsgebiet ist durch den Fluglärm aber sehr eingeschränkt.

An schönen Tagen in Ruhe auf der Terrasse zu sitzen, ist für einen Teil der Bewohner in Dudenhofen leider nicht möglich. Daher hat sich ein Aktionsbündnis gegen diesen Fluglärm, der nichts mit dem Frankfurter Airport zu tun hat, gegründet und sich mit der Bitte um Abhilfe an die verantwortlichen Behörden gewandt.

In einem Antwortschreiben des Regierungspräsidenten zu diesem Thema heißt es:

„Für ihre Forderungen gibt es keine gesetzliche Grundlage. Ein Einschreiten durch meine Behörde ist somit nicht zulässig. Hier besteht auch kein Ermessensspielraum. Ich bitte deshalb um Verständnis, dass weitere Schreiben Ihrerseits mit gleichem Inhalt künftig nicht mehr beantwortet werden.“

Wir empfinden dieses Vorgehen der Behörde als unverantwortlich. Es werden Straßenbaumaßnahmen verhindert, weil es schützenswerte Flora und Fauna gibt. Aber wer schützt die Menschen vor ihren Mitbürgern? Das sollte doch eigentlich auch eine Aufgabe staatlicher Behörden sein. Die Deutsche Flugsicherung hat dem Kunstflieger für sein Hobby die Freigabe erteilt. Durch Radaraufzeichnungen seien die Flugbewegungen genau nachvollziehbar, heißt es zur Begründung. Na wunderbar! Ertragen wird der Lärm aber von den Dudenhöfern und nicht von der Flugsicherung in Langen.

Uns geht das ständige Üben des Fliegers auf die Nerven. Wir haben uns an alle verantwortlichen Stellen mit der Bitte um Abhilfe gewandt. Bisher leider ohne Erfolg. Der nächste Sommer kommt bestimmt und somit auch wieder der Fluglärm. Aber wir geben nicht auf und werden uns weiter darum kümmern.

Martin-Luther-Park: Gehwege sanieren

Von Ernst August Resch



Im beliebten Martin-Luther-Park an der Rodau, nördlich der Einhardstraße in Dudenhofen, müssen die Wege endlich saniert werden. Im Herbst 2009 wurde immerhin ein Teilstück von der Einhardstraße bis zum Kinderspielplatz gründlich erneuert.

Eine positive Maßnahme, die aber nur der Anfang sein kann. So warten die Abschnitte vom Kinderspielplatz bis zum nördlichen Parkende noch immer auf die Renovierung. Besonders der nördlichste Teil ist in einem traurigen Zustand. Der Regen hat den Feinsplitt weggespült, man fährt über Schotter. Nach einem Regen gibt es große Pfützen. Auch das Unkraut an den Wegrändern ist kein schöner Anblick. Immerhin sind kürzlich die Bordsteine am gepflasterten Verbindungsweg endlich abgesenkt worden sind. Damit wurde eine Forderung erfüllt, die wir schon vor einiger Zeit im Ortsbereich gestellt haben. Dennoch muss noch einiges passieren, damit der Luther-Park wieder zum Schmuckstück wird.

Chancen nutzen in Hainhausen

Von Egon Laux und Sascha Pokojewski



Durch den Bau der S-Bahn wurde der Ortsteil Hainhausen in Ost und West getrennt. Für die Anwohner im östlichen Teil ist dies kein so großes Problem, alle Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten, Schulen und Sportmöglichkeiten liegen in diesem Teil. Für Bewohner im westlichen Teil ist die Situation mit der S-Bahn schwieriger geworden. Solange sie mobil sind, gelangen sie entweder zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Auto in den östlichen Teil von Hainhausen, um ihre Einkäufe zu erledigen.

Für Einwohner, die nicht mehr so mobil sind, insbesondere für unsere älteren Mitbürger oder unsere Mitbürger mit Behinderungen, ist es schon beschwerlicher. Durch die Bebauung des Geländes nördlich der Südtrasse ergibt sich jetzt die Möglichkeit, diese Situation etwas zu entschärfen. Mit einem durchdachten Bebauungsplan könnte hier eine Infrastruktur entstehen, die Bedürfnisse der Einwohner im östlichen Teil Hainhausens berücksichtigt.

Ohne Zweifel hat der S-Bahnbau dem alten Ortskern von Hainhausen in der August-Neuhäusel-Straße endlich Ruhe verschafft. Die Anwohner können wieder die Fenster öffnen und nachts ruhig schlafen. Das sind dauerhafte Vorteile. Jetzt muss es darum gehen, die beschriebenen Probleme zu lösen.

Durch den Umzug der Feuerwehren aus Hainhausen und Jügesheim in das neue Feuerwehrhaus Mitte und das damit freiwerdende Feuerwehrhaus in Hainhausen ergibt sich nun die einzigartige Möglichkeit, den Ortskern neu zu gestalten. Diese Chance sollten wir nutzen. Wir sollten gemeinsam mit den Anliegern und den übrigen Hainhäusern die Gestaltung und zukünftige Verwendung des frei gewordenen Geländes ergebnisoffen diskutieren. Die Stadt Rodgau muss die Bürger und ihre Ideen in die Planung einbeziehen. So kann der neue Ortskern ein gemeinsames Projekt aller Hainhäuser werden.

Unterstützen Sie die Hainhäuser Sozialdemokraten, damit die gegenwärtige Situation, gekennzeichnet durch viele Leerstände und einen schmucklos gestalteten Straßenraum, geändert wird. Die SPD in Hainhausen lädt die Bürger dieses schönen Stadtteils ein: Gestalten Sie mit uns Hainhausen! Nutzen wir gemeinsam diese einmalige Chance, die sich so nicht wieder ergeben wird.

Für Dudenhofen in den Ortsbeirat

„Auch Dudenhofen braucht ein Haus der Vereine. Dabei darf nur ein Teil der entstehenden Kosten auf die Nutzer umgelegt werden.“

„Der Zustand unseres Bürgerhauses stimmt uns traurig. Wir werden dafür kämpfen, dass es endlich renoviert wird.“

„Dudenhofen darf nicht zum Parkplatz für schwere Lkw werden. Wir streben die Einrichtung eines Autohofs an.“

✗ 27. März 2011



Gerald Klein

Günter Knoll

Renate Mahr

Gerhard Kratz

Ernst August Resch

Weiskirchen Ost – einfach abgehängt?

INFRASTRUKTUR – Dem Leerstand entgegenwirken, Wiederbelebung der Läden und Geschäfte zusammen mit Bürgern und Gewerbe

Von Ralf Kunert und Hermann Grosch



Für die Sozialdemokraten im Norden Rodgaus stellt sich die Frage nach einer ausreichenden Grundversorgung für die Weiskircher Bürger östlich der B45. So fehlt dort inzwischen jede Einkaufsmöglichkeit.

„Es geht nicht um die mobilen Bürger, die gut zu Fuß sind, mit dem Rad im örtlichen Markt oder mit dem Fahrzeug ins benachbarte Hainhausen fahren. Es geht um diejenigen, für die diese Wege beschwerlich sind, die kaum noch selbstständig ihre notwendigen Einkäufe erledigen können“, so der Spitzenkandidat für den Weiskircher Ortsbeirat, Ralf Kunert. „Nicht

zu vergessen sei aber“, so Kunert weiter, „dass in der Vergangenheit bereits einige Firmen versucht haben, die Grundversorgung mit Back- und Wurstwaren anzubieten. Dies wurde von den Bürgern leider nicht ausreichend angenommen und die Firmen haben sich letztlich wieder zurückgezogen“. Nur der Zeitungsladen war noch übrig geblieben. Er bot neben Tageszeitungen Brötchen und andere Backwaren an. Mittlerweile existiert auch dieses Geschäft nicht mehr. Damit stellt sich für die Sozialdemokraten die Frage, wie und ob man dem Verlust an Infrastruktur entgegenwirken kann.

„Der demographische Wandel macht auch vor Weiskirchen nicht halt“, erklärt dazu Hermann Grosch, ebenfalls Kandidat für den Ortsbeirat Weiskirchen und selbst Betroffener. Einwohner, die sich vor wenigen Jahren noch keine Gedanken über ihre Mobilität zu machen brauchten und die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort nicht nutzten, kommen ins Grübeln. Einige seiner Nachbarn beklagen die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten und fühlen sich einfach abgehängt. „Bislang konnte man morgens wenigstens noch seine Tageszeitung und ein paar Brötchen einkaufen“, meint Hermann Grosch dazu.



Das Geschäftszentrum in Weiskirchen Ost, fast alle Läden stehen leer.

Schnellschüsse und irgendwelche Verhandlungen mit Einzelhändlern sollte es nach Auffassung von Ralf Kunert aber nicht geben. Die Weiskircher Bürger sollten selbst entscheiden, ob sie überhaupt vor Ort einkaufen würden. Eine Bürgerversammlung zusammen mit

örtlichen Anbietern wäre eine Möglichkeit, gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen. Ein Ergebnis, das dann allgemein auch akzeptiert werden würde, so ist sich Ralf Kunert sicher, der für seinen Stadtteil auch für das Stadtparlament kandidiert.

Für Weiskirchen in den Ortsbeirat

„Unser Ziel ist es, in Weiskirchen-Ost die Versorgungssituation durch eine Wiederbelebung des Gewerbes zu verbessern. Hierzu wollen wir Betroffene und Gewerbetreibende zusammenbringen, um gemeinsam mit ihnen tragfähige Lösungen zu entwickeln.“



Ralf Kunert Hermann Grosch Ulf Berkefeld Wolfgang Schürer Werner Dzieia

27. März 2011



27. März 2011



Für Hainhausen in den Ortsbeirat

„Wir wollen in Hainhausen die Chancen, die sich durch den Abriss des alten Feuerwehrgebäudes ergeben, für eine Belebung des alten Ortskerns nutzen. Dazu wollen wir die Eigentümer und Anlieger an einen Tisch bringen und zusammen mit ihnen Ideen erarbeiten.“



Heike Hoffmann Sascha Pokojewski Roman Horch Egon Laux Helmut Müller

Für Jügesheim in den Ortsbeirat

„Wir stehen in Jügesheim für eine Aufwertung des öffentlichen Raums, wollen die Chancen, die sich durch den Abriss des alten Feuerwehrhauses ergeben, zur attraktiveren Gestaltung des Ortskerns nutzen, Begegnungsräume ausweiten und den alten Bahnhof wiederbeleben.“



Gert Schmalenbach Hans Spahn Marco Linduschka Günter Kurt

27. März 2011



Für Rodgau ins Stadtparlament

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Mit einer Mischung aus erfahrenen Parlamentariern und neuen Köpfen treten die Rodgauer Sozialdemokraten bei der Kommunalwahl am 27. März vor die Wählerinnen und Wähler. Wir stehen für eine soziale, moderne und umweltfreundliche Politik. Wir kämpfen für ein Bündnis der Vernunft und der konstruktiven Zusammenarbeit in der neuen Stadtverordnetenversammlung.

Jede Stimme für die SPD ist auch eine Stimme für die Politik des Bürgermeisters. Wer Jürgen Hoffmann unterstützen will, wählt deshalb SPD.

Wir sind ein Team. Wir spielen zusammen, kennen keine persönlichen Streitereien untereinander und werden uns in den nächsten fünf Jahren für Sie ins Zeug legen.

Stefan Vogler

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stadtparlament

 27. März 2011



Die Rodgauer Sozialdemokraten stehen für eine soziale, wirtschaftsfreundliche, bürgernahe und ökologische Kommunalpolitik.

Sozial bedeutet: familienfreundlich, seniorengerecht und der öffentlichen Infrastruktur verpflichtet. Die Gebührenfreiheit der Kindergärten hat für uns auch in finanziell schwierigen Zeiten absolute Priorität. Die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen lehnen wir strikt ab.

Wirtschaftsfreundlich bedeutet: Wir brauchen ein professionelles Stadtmarketing, damit Rodgau neue Firmen gewinnt und zusätzliche Steuereinnahmen erzielt.

Bürgernah bedeutet: Wir schaffen Strukturen und Orte für mehr Bürgerbeteiligung.

Ökologisch bedeutet: Gemeinsam mit den Bürgern beginnen wir die lokale Energiewende. Dazu gehört der Bau einer Biogasanlage zur Verwertung des Rodgauer Biomülls. Und wir stehen für eine neue städtische Identität.

SPD wählen heißt:
Mehr Rodgau wagen

Das Kommunalwahlprogramm der SPD Rodgau im Internet unter www.spd-rodgau.de

Liste 2

 27. März

